

Wildlife Action Group International e.V.

Vereinsatzung

§ 1 Name, Sitz und Geschäftsjahr

- 1.1) Der Verein führt den Namen Wildlife Action Group International.
- 1.2) Er hat seinen Sitz in Rosenheim.
- 1.3) Der Verein wurde in das Vereinsregister des Amtsgerichts Traunstein eingetragen.
- 1.4) Seit Eintragung in das Vereinsregister führt der Verein den Namenszusatz eingetragener Verein in der abgekürzten Form „e.V.“
- 1.5) Sollte der hier gewählte Vereinsname nicht den Anmeldevorschriften des deutschen Vereinsrechts entsprechen, kann der Vorstand den Vereinsnamen zu Anmeldezwecken bei dem Vereinsregister ändern. Der Zweck des Vereins darf bei einer erforderlichen Namensänderung nicht entstellt werden.
- 1.6) Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck des Vereins

- 2.1)
Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
- 2.2)
Zweck des Vereins ist der aktive, nachhaltige Tier-, Natur-, Landschafts-, Umwelt- und Ressourcenschutz und die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen, die in und um schutzbedürftige Naturareale in Entwicklungsländern mit Schwerpunkt Afrika, leben.
- 2.3)
Aufbau und/oder Unterstützung von Wildtierwaisenhäusern und Pflegestationen mit dem Ziel der Reintegration von Wildtieren in ihre natürlichen Lebensräume.
- 2.4)
Der Verein kann seine Zwecke nebeneinander unmittelbar, durch Hilfspersonen gem. § 57 AO und durch Weitergabe von Mitteln gem. § 58 Nr. 1 und Nr. 2 AO verwirklichen.
- 2.5)
Die Finanzierung des Satzungszweckes erfolgt durch Mitgliedsbeiträge, die Sammlung von Spenden, öffentlichen Förderungsmitteln sowie durch die Erträge der im Rahmen von § 58 Nr. 6 und Nr. 7 Abgabenordnung festgelegten Vereinsmittel.

2.6)

Information und Aufklärung der Öffentlichkeit durch Veranstaltungen, und Medienpräsenz.

2.7) Der Vereinszweck kann verwirklicht werden u.a. durch:

a)

Identifikation, Initiierung, Unterstützung und/oder aktive eigenverantwortliche Realisierung von Schutz- und Hilfsprojekten für bedrohte Ökosysteme u. Naturareale, sowie Wildtier- und Naturschutz, mit dem Ziel der Erhaltung der Artenvielfalt und ihres Lebensraums in Entwicklungsländern, durch:

- Identifikation schutzbedürftiger Ökosysteme / Naturareale und Prüfung der Machbarkeit von Schutzmaßnahmen.
- Initiierung von Schutz und Hilfsmaßnahmen durch Gespräche und Verhandlungen mit lokal Betroffenen, staatlichen, kommunalen und anderen relevanten Entscheidungsträgern und/oder Organisationen.
- Unterstützung bereits bestehender staatlicher, kommunaler, nichtstaatlicher oder privater Schutz- und Hilfsbemühungen in verwaltender, beratender, technischer oder finanzieller Form.
- Aktive eigenverantwortliche Realisierung von Schutz- und Hilfsprojekten durch direkten Einsatz von Personal des Vereins und freiwilligen Helfern.

b)

Armutsbekämpfung und Verbesserung der Lebensbedingungen der in oder um bedrohte Ökosysteme, Naturareale und Schutzgebiete lebenden Bevölkerung zBsp. durch:

- Verbesserung der sozialen Infrastruktur wie sauberes Trinkwasser, sanitäre Bedingungen, Gesundheit und Bildung
- Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten zBsp. in Handwerk, Kunsthandwerk, Öko-Tourismus, Vermarktung u. ä.
- Beratung zur Ertragssteigerung durch standortgerechte ökologische Land- und Forstwirtschaft
- andere Einkommen schaffende Maßnahmen
- Anwendung von angepasster Technologie wie Solar- Wind- und Wasserkraft
- Verbesserung der Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten

c)

Erarbeitung und Implementierung von ganzheitlichen Projektplänen, die den ökologischen (Naturschutzmaßnahmen) sowie den humanitären Bereich (Armutsbekämpfung) beinhalten.

d)

Aufgabenspezifische Ausbildung von Fach- und Führungskräften, national, international und vor Ort, zur Sicherstellung nachhaltigen Projektmanagements.

e)

Unterstützung von Umsiedlungsmaßnahmen von bedrohten Wildtierbeständen sowie Wiederauswilderungsmaßnahmen von Wildtieren die in Menschenhand gehalten wurden.

f)

Rekrutierung, Vorbereitung und Vermittlung von Freiwilligen zur Mithilfe bei Vereinstätigkeiten im In- und Ausland.

g)

Förderung des Auf- und Ausbaus von ökologisch und sozial verträglichem Tourismus.

h)

Kooperation mit staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen, Wissenschaft und Fachorganisationen.

i)

Erwerb von Land oder Landflächen, wenn dies für Zwecke des Natur- und Umweltschutzes bedeutsam ist.

j)

Miet-, Pacht- oder Managementverträge für schutzwürdige Gebiete oder Einrichtungen einzugehen.

k)

Einrichtungen zu gründen oder sich an solchen beteiligen.

l)

auf dem Gebiet des Natur- und Umweltschutzes forschend tätig werden und Erkenntnisse und Erfahrungen austauschen.

m)

die Zusammenarbeit mit Persönlichkeiten und Institutionen des In- und Auslandes anstreben, die gleiche Ziele verfolgen oder den Vereinszweck unterstützen.

§ 3 Selbstlosigkeit und Mittelverwendung

(1) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

(2) Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

(3) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4 Mitgliedschaft

4.1) Es wird unter verschiedenen Arten der Mitgliedschaft unterschieden:

- a) Fördermitglied (passives Mitglied)
- b) aktives Mitglied
- c) Ehrenmitglied

4.2) Fördermitglied (passives Mitglied) kann jede natürliche oder juristische Person, Unternehmen und Institutionen werden, die den Verein vor allem durch Zahlung eines regelmäßigen Förderbeitrags unterstützt. Fördermitglieder haben von den gesetzlich vorgesehenen Vereinsrechten lediglich das Recht auf regelmäßige Informationen über die Vereinsarbeit auf vereinsüblichem Informationsweg. Der Vorstand kann Fördermitgliedschaften aus wichtigen Gründen ablehnen und Kündigungen aussprechen.

4.3) Aktives Mitglied des Vereins kann eine natürliche oder juristische Person werden, der die Vereinszwecke fördert, aktiv im Verein mitarbeitet und damit tätig unterstützt. Aktive Mitglieder haben den von der Mitgliederversammlung festgesetzten Mitgliedsbeitrag zu entrichten, und besitzen ein Stimmrecht.

4.4) Zum Ehrenmitglied können Personen ernannt werden, die sich in besonderer Weise um den Verein verdient gemacht haben. Hierfür ist ein einstimmiger Beschluss des Vorstandes erforderlich. Ehrenmitglieder sind jedoch von der Beitragszahlung befreit und besitzen kein Stimmrecht.

4.5) Minderjährige bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung ihres gesetzlichen Vertreters.

4.6) Die Mitgliedschaft wird durch schriftliche Beitrittserklärung beantragt. Mitglied ist, wer die Mitgliedschaft vom Vorstand bestätigt erhält.

4.7) Die Entscheidung über die Aufnahme erfolgt durch Beschluss des Vorstandes. Ein Aufnahmeanspruch besteht nicht. Die Ablehnung der Aufnahme bedarf keiner Begründung.

4.8) Der schriftlich zu erklärende Austritt kann jederzeit erfolgen.

4.9) Die Mitgliedschaft endet

a) durch schriftliche Austrittserklärung gegenüber dem Vorstand; die Mitgliedschaft erlischt zum Ende des laufenden Geschäftsjahres. Das Wahlrecht erlischt mit sofortiger Wirkung.

b) durch den Tod des Mitglieds, Erlöschen der Firma oder Organisation

c) durch Ausschluss aus dem Verein.

Ein Mitglied, das in erheblichem Maß gegen Vereinsinteressen, Vereinssatzung oder Vereinsziele verstoßen hat, kann durch Beschluss des Vorstandes aus dem Verein ausgeschlossen werden. Ein Mitglied kann ebenso ausgeschlossen werden, wenn es mit den für ihn gültigen Mitgliedsbeiträgen mehr als ein Jahr im Rückstand ist. Ein aktives Mitglied kann ausgeschlossen werden wenn es vor dem Ausschluss auch nach mehrmaliger Aufforderung nicht im Sinne von §4.2 aktiv im Verein Tätig war.

Dem betroffenen Mitglied kann die Möglichkeit einer persönlichen oder schriftlichen Anhörung gegeben werden.

d) Ein Mitglied hat beim Ausscheiden keinerlei Ansprüche finanzieller oder materieller Art gegen den Verein oder das Vereinsvermögen.

§ 5 Organe des Vereins sind

1. die Mitgliederversammlung

2. der Vorstand

5.1) Auf Antrag der Mitgliederversammlung oder durch einstimmigen Beschluss des Vorstands, können besondere Ausschüsse oder Beiräte berufen werden, die an speziellen Themen arbeiten oder beratend mitwirken.

§ 6 Mitgliederversammlung

6.1) Die Mitgliederversammlung wird mindestens einmal im Jahr vom Vorstand einberufen.

6.2) Die Mitgliederversammlung ist nicht öffentlich. Der Vorstand kann Gäste zulassen.

6.3) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist vom Vorstand, unter Wahrung einer Frist von 8 Tagen, einzuberufen, wenn es das Vereinsinteresse erfordert.

6.4) Die Einberufung der ordentlichen Mitgliederversammlung erfolgt schriftlich durch den Vorsitzenden unter Wahrung einer Frist von drei Wochen und unter Bekanntgabe der Tagesordnung.

6.5) Jede satzungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist unabhängig von der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

6.6) Ein Mitglied kann sich in der Mitgliederversammlung durch ein anderes Mitglied oder seinen Ehepartner unter Erteilung einer in der Versammlung vorzulegenden schriftlichen Vollmacht vertreten lassen. Zur Stimmabgabe muss ein Mitglied persönlich anwesend sein.

6.7) Die Mitgliederversammlung ist insbesondere zuständig für folgende Angelegenheiten:

1. Entgegennahme des Jahresberichts des Vorstands
2. Entgegennahme des Rechenschaftsberichts des Vorstandes
3. Entlastung des Vorstands
4. Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes
5. Beschluss von Satzungsänderungen
6. Festsetzung der Mitgliederbeiträge
7. Auflösung des Vereins

6.8) Beschlüsse werden in offener Abstimmung gefasst.

6.9) Für Beschlüsse, die eine Änderung der Satzung zur Folge haben, ist eine 3/4-Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich. Alle übrigen Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Stimmenthaltungen bleiben dabei außer Betracht. Bei Stimmgleichheit entscheidet der Vorstand.

6.10) Über die Mitgliederversammlung ist Protokoll zu führen, welches mindestens über die erschienenen Mitglieder, sowie die Beschlüsse mit den Ergebnissen Auskunft gibt. Das Protokoll ist am Ende der Mitgliederversammlung vom Versammlungsleiter, in der Regel dem 1. Vorsitzenden, und einem weiteren, erschienenen Mitglied gegenzuzeichnen. Jedes Mitglied darf Einsicht in das Protokoll verlangen.

6.11) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist jederzeit auf schriftliches Verlangen eines Drittels der Mitglieder einzuberufen. Wird dem Verlangen seitens des Vorstands nicht innerhalb von drei Wochen entsprochen, können die Mitglieder unter Mitteilung des Sachverhalts die Einberufung der Mitgliederversammlung selbst bewirken.

6.12) In Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich des Vorstands fallen, kann die Mitgliederversammlung Empfehlungen an den Vorstand beschließen. Der Vorstand kann seinerseits in Angelegenheiten seines Zuständigkeitsbereichs die Meinung der Mitgliederversammlung und/oder, soweit ein solcher gebildet ist, des Beirats einholen.

6.13) In der Mitgliederversammlung haben alle Mitglieder Rederecht. Ordentliche, aktive Mitglieder haben zusätzlich Antragsrecht und Stimmrecht.

§ 7 Vorstand

7.1) Den Vorstand bilden:

- a. der/die Vorsitzende
- b. der/die stellvertretende(r) Vorsitzende(r) zugleich Schatzmeister
- c. dem/der Schriftführer/in

7.2) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von drei Jahren gewählt. Wiederwahl ist zulässig.

Ein Vorstandsmitglied kann durch die Mitgliederversammlung abberufen werden, wenn grobe Pflichtverletzung oder Unfähigkeit zur ordnungsmäßigen Geschäftsführung vorliegt.

7.3) Der Vorsitzende, der stellvertretende Vorsitzende zugleich Schatzmeister und der Schriftführer, bilden den Vorstand des Vereins. Sie leiten die Geschäfte des Vereins. Der Vorstandsvorsitzende sowie der stellvertretende Vorsitzende können den Verein jeweils einzeln vertreten, die anderen Vorstandsmitglieder nur gemeinsam. Die Vertretungsmacht ist in der Weise beschränkt, dass Rechtsgeschäfte die die Summe von 3000.-Euro nicht übersteigen sollen, der Zustimmung von mindestens zwei Vorstandsmitgliedern bedarf.

7.4) Während einer Wahlperiode ausgeschiedene Vorstandsmitglieder kann der Vorstand durch Berufung neuer Mitglieder in den Vorstand mit Wirkung bis zur nächsten Mitgliederversammlung ersetzen.

7.5) Das Amt eines Mitgliedes des Vorstandes endet mit seinem Ausscheiden aus dem Verein. In diesem Fall ergänzen sich die verbleibenden Vorstandsmitglieder für den Rest der Amtszeit durch Zugwahl aus den Reihen der Vereinsmitglieder.

7.6) Der von der Mitgliederversammlung gewählte Vorstand ernennt aus seinen Reihen den Vorsitzende, den stellvertretenden Vorsitzenden (Schatzmeister) und den Schriftführer.

7.7) Zur Wahl aufstellen lassen können sich nur ordentliche, aktive Mitglieder, die nicht in laufenden Geschäftsbeziehungen mit dem Verein stehen. Die Aufstellung vergüteter Vorstandsmitglieder zur Wiederwahl ist zulässig.

7.8) Der Vorstand bleibt so lange im Amt, bis ein neuer Vorstand gewählt ist.

7.9) Scheidet ein Vorstandsmitglied vorzeitig aus dem Vorstand aus, kann bis zur nächsten Mitgliederversammlung ein Nachfolger unter den Mitgliedern von den verbliebenen Vorstandsmitgliedern durch Kooptation berufen werden. Das Ersatzmitglied muss ordentliches Mitglied des Vereins sein.

7.10) Tritt ein Vorstandsmitglied in geschäftliche Beziehungen zum Verein, so scheidet er aus dem Vorstand aus. Dies gilt nicht bei

- Vergütung für die Tätigkeit als Vorstandsmitglied
- Vergütung für die vorübergehende Mitarbeit in einem Projekt, das im Rahmen der Vereinstätigkeit liegt oder der Erreichung des Vereinszweckes dient.

7.11) Jedes Vorstandsmitglied hat einen Anspruch auf eine angemessene Vorstandsvergütung, die sich nach dem Umfang der Tätigkeit richtet.

§ 8 Zuständigkeit des Vorstands

8.1) Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Mitgliederversammlung zugewiesen sind.

8.2) Protokolle der Vorstandssitzungen sind von zwei Vorstandsmitgliedern zu unterzeichnen.

8.3) Er hat insbesondere folgende Aufgaben:

- den Verein im Sinne von § 26 BGB gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten;
- Planung des Jahresbudgets und Aufstellung von Richtlinien über die Verwendung der Spenden und Finanzmittel des Vereins
- Identifikation von Schutzprojekten und/oder notwendiger Schutzmaßnahmen
- Feststellung des Jahresabschlusses
- Bestellung eines unabhängigen Kassenprüfers
- Erstellung eines Jahresberichts
- Beschlussfassung über die Aufnahme, Streichung und den Ausschluss von Mitgliedern
- Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung, Aufstellung der Tagesordnung sowie Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung
- Eingehung und Aufhebung von Verträgen im In- und Ausland die zur Erreichung des Vereinszweckes beitragen.

§ 9 Beschlussfassung des Vorstands

(1) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse im Allgemeinen in Vorstandssitzungen, die vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden, formlos einberufen werden. Einer Einberufung bedarf es nicht, wenn der Vorstand in beschlussfähiger Form regelmäßig zusammenkommt.

(2) Eine Vertretung der Vorstandsmitglieder untereinander ist zulässig.

(3) Die Sitzungen des Vorstandes werden vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden geleitet.

(4) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

(5) Soweit das Gesetz oder diese Satzung keine anders lautende Regelung vorsieht, entscheidet bei der Beschlussfassung die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Stimmenthaltungen sowie ungültige Stimmen werden nicht mitgezählt. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, bei dessen Abwesenheit, die des stellvertretenden Vorsitzenden. Ein Vorstandsmitglied ist in Angelegenheiten der eigenen Vergütung vom Stimmrecht ausgeschlossen.

(6) Über jede Vorstandssitzung ist eine Niederschrift (Protokoll) zu errichten. Die Protokollführung obliegt dem jeweiligen Leiter der Vorstandssitzung oder einem von diesem benannten Protokollführer. Es soll neben Ort, Zeit und Dauer der Versammlung vor allem die Zahl der erschienenen Mitglieder, die Tagungsordnung, die einzelnen Abstimmungsergebnisse sowie die Inhalte der gefassten Beschlüsse und das Ergebnis von Wahlen wiedergeben. Über die Fassung von Vorstandsbeschlüssen außerhalb von Vorstandssitzungen ist eine Niederschrift zu errichten, die vom Vorsitzenden des Vorstandes zu unterzeichnen ist.

(7) Von den Bestimmungen der Absätze 5 und 6 kann abgewichen werden, wenn ein ordnungsgemäßes Beschlusswesen auf andere Weise sichergestellt wird.

§ 10 Auflösung des Vereins

(1) Der Verein kann durch Beschlussfassung der Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von zwei Drittel aufgelöst werden.

(2) Zuständig für die Liquidation ist der Vorstand.

§ 11 Vereinsvermögen

Das Vereinsvermögen fällt bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder Wegfall seines bisherigen Zwecks an den Förderverein Wildlife Action Group Support e.V. mit Sitz in Bernsdorf (Hermsdorfer Weg 6, 09337 Bernsdorf, Deutschland), die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

§ 12 Haftung

Der Verein haftet nur mit seinem Vereinsvermögen gegenüber berechtigten Forderungen Dritter sowie internen Forderungen von Vereinsmitgliedern. Dies gilt ebenfalls für die Handlungsfolgen oder Schäden, die der Vorstand oder Mitglieder in Ausübung ihres Amtes verursachen, unabhängig ob Dritte oder Vereinsmitglieder betroffen sind.

§ 13 Schlussbestimmungen

(1) Der Vorstand im Sinne des § 26 BGB ist ermächtigt, alle auf Verlangen des Amtsgerichts etwa erforderlich werdenden formellen und redaktionellen Satzungsänderungen von sich aus vorzunehmen.

(2) Sollten sich einzelne Bestimmungen der Satzung oder eine künftig in sie aufgenommene Bestimmung ganz oder teilweise als unwirksam oder undurchführbar herausstellen, so wird dadurch die Gültigkeit der Satzung im Übrigen nicht berührt. In einem solchen Falle ist die ungültige oder undurchführbare Bestimmung durch Beschluss der Mitglieder möglichst so umzudeuten oder zu ergänzen, dass der mit der ungültigen Bestimmung beabsichtigte Zweck unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorschriften erreicht wird. Dasselbe gilt, wenn bei der Durchführung der Satzung eine ergänzungsbedürftige Satzungslücke offenbar wird.